

zureichend. Gebietsentwicklungspläne differenzieren nicht innerhalb einer ausgewiesenen Gewerbe- und Industrie- fläche. Von der Großbäckerei bis zum petrochemischen Werk kann dort alles angesiedelt werden, unabhängig vom Grad der Beeinträchtigung benachbar- ter Wohn- oder Erholungsgebiete. Bei der anstehenden Novellierung des Lan- desplanungsgesetzes muß die Gebiets- entwicklungsplanung als raumordnen- des Instrument verfeinert werden. Das gewerberechtliche Verfahren sollte teil- weise mit der Änderung des Gebiets- entwicklungsplanes gekoppelt werden. Wirksame Auflagen für Großemittenten müssen schon in ein Raumordnungs- verfahren einfließen. Nordrhein-West- falen kann hier seine Pionierarbeit, die es bei der Gründung der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungs- schutz leistete, durch eine rasche Aus- dehnung der im Kölner Raum erprob- ten Abgaskataster fortsetzen und damit neue Maßstäbe für neue bundesein- heitliche Richtlinien setzen. Das dürfte auch ein Anreiz für die Industrie sein, noch weitere Techniken für emissionsarme Anlagen zu entwickeln.

FDP: Neuer Abschnitt in der industriellen Entwicklung

Die Probleme, die durch die geplante Errichtung einer Raffinerie der Veba AG. bei Orsoy entstanden sind, resul- tieren nicht aus Fehlern der Planung. Die Bewältigung der Schwierigkeiten ist keine Frage der „besseren Planung“, wie sie von der Redaktion von „Land- tag intern“ angesprochen wird. Nach den bestehenden Gesetzen ist die Planung und Durchführung einer In- dustrieansiedlung nicht anders mög- lich, es sei denn, das Land wäre bere- it, die Öffentlichkeit frühzeitig über derartige Vorhaben zu unterrichten und dafür einen um ein Vielfaches gestiegenen Bodenpreis in Kauf zu nehmen. Abgesehen davon ist es kaum vorstellbar, daß in Nordrhein-Westfalen ein Standort für eine derartige Anlage zu finden ist, bei dem nicht ein Teil der umwohnenden Bevölkerung tatsäch- licher oder vermeintlicher Gefährdung oder Belastung ausgesetzt wäre.

Die FDP-Fraktion unterstützt daher den Bau der geplanten Anlage bei Orsoy mit der Auflage, daß alle z. Z. technisch und wirtschaftlich realisierbaren Ein- richtungen installiert werden, die eine Vermeidung oder zumindest Verminder- ung aller umweltschädigenden und belastenden Folgen des Betriebes einer Raffinerie gewährleisten.

Darüber hinaus sollte am Exempel des Werkes der Veba die Erforschung und Entwicklung von Verfahren intensiviert werden, die den „umweltneutralen“ Be- trieb derartiger Anlagen ermöglichen. Um dieses Ziel möglichst schnell und wirksam zu erreichen, unterstützt die FDP-Fraktion eine Finanzierung derarti- ger Versuche aus öffentlichen Mitteln.

Unter diesem Aspekt gewinnt der Bau der umstrittenen Anlagen über das Land und auf lange Zeit hinaus erheb- liche Bedeutung. Mit dieser Muster- anlage würde ein neuer Abschnitt unse- res Industrie-Zeitalters eingeleitet, der durch den Schutz der Umwelt vor Be- lästigungen aller Art beim Betrieb der notwendigen industriellen Großanlagen gekennzeichnet wäre.

Porträt

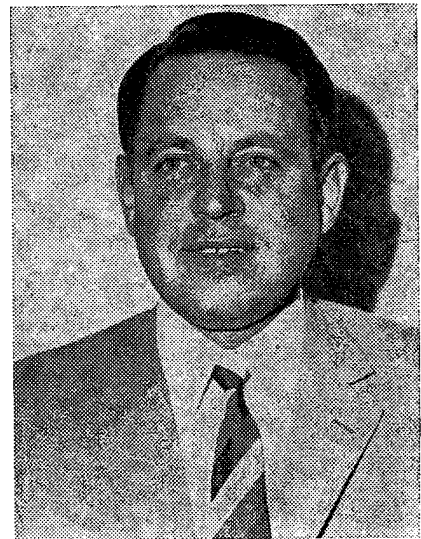
Der Düsseldorfer Journalist, der das schöne Wochenende in der Eifel verbracht hatte und nun über Nebenstraßen der Landeshaupt- stadt zustrebte, wurde – wieder im Flachland – durch Polizei aufge- halten. Auf einer im flirrenden Sonnenlicht liegenden Dorfstraße zog ein bunt getupfter Lindwurm dahin: ein Dorf-Schützenverein, der mit einem Dutzend befreundeter Nachbarvereine und mit Trommeln und mit Pfeifen einen Umzug ver- anstaltete. Inmitten dieser von der Hitze total erschöpften Schar wa- ren drei Schwarzgekleidete. Einer von diesen wurde als der Landtags- abgeordnete Karl Frey aus Ham- bach über Jülich ausgemacht. Auch an diesem Sonntagnachmittag war der 41jährige im Dienst. Er machte – wie dies jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis tun muß – in Kontakt- und Brauchtumpflege.

Im Landtag erlebt der Beobachter einen anderen Frey. Der Jurist, der von 1964 bis 1968 Rechtsrat und 1. Beigeordneter der Stadt Jülich war und dann ins Bundesministerium für Verteidigung überwechselte, wo er jetzt als Regierungsdirektor tätig ist, hat seit 1970 den undank- baren, strapaziösen und oft so we- nig anerkannten Vorsitz im Peti- tionsausschuß inne.

In diesem Amt wird er an seinem Vorgänger Schulze-Stapen gemes- sen. Als Landtagsabgeordneter (seit 1966) hat der Bürgermeister der Stadt Hambach die Dimensio- nen vor sich, die sein Vorgänger im Wahlkreis, der „Herzog von Jü- lich“ und ehemalige Landtagspräsi- dent Johnen, setzte.

Frey, der inzwischen von Johnen das Amt des CDU-Kreisvorsitzen- den übernahm, steht zwischen bei- den in der Mitte, ohne Mittelmaß zu sein.

Der Bauernsohn Frey ist kein Be- amtentyp, vom Beamtentum aber wird er schwerlich Abschied neh-



Karl Frey (CDU)
Vorsitzender des Petitionsausschusses

men, wenn das Gesetz der Un- vereinbarkeit von Amt und Mandat Wirklichkeit werden sollte. Weder verliert er die Herrschaft über sich, weil er die Leidenschaft steigert, noch arbeitet er schattenlos, eng- herzig und kleinlich. Das Urteil sei- ner Mitarbeiter: Ein Jurist, der pol- tern kann und niemals nur stum- mer Zuschauer ist; ein engagierter Fachmann in Verwaltungsfragen, der ohne langes Erwägen zur Ent- scheidung kommt; ein Verwaltungs- jurist, der im Gegensatz zu den durchweg ruhigen und betulichen, ja ängstlichen Leuten, die das Bild dieses Standes prägen, über Er- warten schnell und vor allem „poli- tisch“ reagiert. Im Amt des Vorsit- zenden des Petitionsausschusses zeigt er Fleiß und Unbestechlich- keit, dazu den notwendigen Wahr- heitsdrang, offene Augen und auch ein offenes Herz. Die Frage, ob sich diese Kärnerarbeit auszahle, will er nicht beantworten. An jedem Wochenende nimmt er wie seine Ausschußkollegen dicke Bündel von Eingaben mit nach Hause. Hobbies kennt er nicht: „Ich bin absolut un- abhängig und habe mir meine Selbständigkeit erhalten. Im wald- reichen Voreifelgebiet habe ich aus gutem Grund bisher an keiner Jagd teilgenommen ...“

Dr. Gerhard Malbeck